



Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (Quelle: BMEL/photothek.net/Thomas Köhler)

Agrarminister soll Interessenkonflikte in Behörden angehen

Veröffentlicht am: 09.02.2015

„Sehr geehrter Herr Bundesminister, der Anlass dieses Schreibens ist unsere Sorge um den Einfluss industrienaher Experten auf Behörden und verschiedene Gremien, die im Zusammenhang mit der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen stehen.“ Gentechnik-Kritiker, darunter der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund, wandten sich am Freitag an Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU).

„Wir befürchten, dass die Sichtweise der Industrie in der Diskussion über Gentechnik-Risiken zunehmend dominiert und so eine kritische Untersuchung der Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen be- oder sogar verhindert wird“, heißt es in dem Brief. Als Beispiel nennen

die Organisationen einen Vortrag von Joachim Schiemann auf einer Tagung in der Schweiz - er leitet das Institut für die Sicherheit biotechnologischer Verfahren bei Pflanzen am Julius Kühn-Institut (JKI), das dem Landwirtschaftsministerium untersteht.

Der Professor soll - so heißt es unter Berufung auf Tagungsteilnehmer - „sich dabei dahingehend geäußert haben, dass das JKI neue, umstrittene Verfahren der genetischen Veränderung von Pflanzen nicht nur entwickle und anwende, sondern daraus entstehende Pflanzen auch freisetzen wolle, ohne sie nach dem Gentechnikrecht auf Risiken prüfen und registrieren zu lassen.“

„Jahrelange Untätigkeit“ werfen die Absender des Briefs, neben dem Imkerverband die Vereine Testbiotech und Sambucus sowie das Gen-ethische Netzwerk, der Bundesregierung vor. Dadurch sei „eine weitgehende Selbstverständlichkeit im distanzlosen Umgang mit den Interessen der Technologieanwender und der Industrie“ gefördert worden.

Links zu diesem Artikel

- [Brief an Agrarminister Schmidt \(06.02.15\)](#)
- [Interessenkonflikte in deutschen Behörden \(02.02.15\)](#)
- [Dossier: Die EFSA - Probleme mit der Risikoprüfung von Gentechnik](#)